

o. Univ.-Prof. Dr. FRITZ SCHÖNHERR  
Mitglied der Kommission  
zur Vereinheitlichung und  
Vereinfachung der öster-  
reichischen Rechtsordnung

A-1010 WIEN,  
Institut für Handels-  
und Wertpapierrecht  
Universität Wien  
Dr. Karl Lueger-Ring 1  
Tel. 42 74 11  
19. August 1983  
Sch/Pi

GESETZENTWURF	
Zl. 25	-GE/19-83
Datum: 22. AUG. 1983	
Verteilt 1983-08-22 <i>frumy</i>	

Bundeskanzleramt  
Verfassungsdienst

Ballhausplatz 2  
1014 W i e n

Novelle zum BundesministerienG;  
602 354/4-V/A/2/83

*H. Atzhamer*

Zu dem Gesetzentwurf ist zu sagen:

#### I.

Zu begrüßen ist, daß die einzelnen Gesetzesänderungen mit "lautet" bzw. "lauten" eingeleitet werden und nicht, wie das meist geschieht, mit "hat zu lauten"; denn dieser vermeintliche Befehl könnte sich nur an den Nationalrat richten.

#### II.

1) In Artikel IX ist § 7 Abs 1 des ProduktsicherheitsG recht lang und unübersichtlich. Er sollte in zwei Sätze aufgelöst und dabei zugleich verkürzt werden:

"§ 7. Wenn es der Schutz der im § 1 umschriebenen In pressen erfordert, sind jeweils im § 5 angeführte Maßnahmen - mehrere Maßnahmen in Verbindung untereinander oder eine Maßnahme für sich allein - durch Verordnung oder, falls die Maßnahmen nur für einzelne Hersteller, Importeure oder Vertreiber bestimmt sind, mit Bescheid zu treffen; dabei ist jeweils das gelindeste noch zum Ziel führende Mittel anzuwenden."

- 2 -

2) In Artikel X sollte es am Beginn heißen: "Soweit" (vgl - richtig - die Einleitung von Artikel XI): "Inso-  
weit" ist ein Adverb und sollte daher nicht anstelle der Kon-  
junktion "soweit" verwendet werden.

3) In Artikel XI Abs 1 könnte es am Ende einfacher  
heißen:

" ... die nach diesem Bundesgesetz in den Wirkungs-  
bereich des Bundesministeriums für Familie, Jugend  
und Konsumentenschutz fallen, in dessen Personal-  
stand übernommen."

### III.

Das neue Ministerium erhält wieder eine recht kom-  
plizierte offizielle Bezeichnung; auch die vorgeschlagene Ab-  
kürzung ("BMFJK") ist wenig einprägsam.

Die Novelle sollte zum Anlaß genommen werden, um  
für die umständlichen vollständigen Bezeichnungen der Bundes-  
minister und Bundesministerien offiziell diejenigen Kurzbe-  
zeichnungen festzulegen, die in der Umgangssprache verwendet  
werden. Damit würden die Zentralbehörden - jedenfalls sprach-  
lich - dem Bürger nähergebracht werden. Dem Katalog des § 1  
sollte daher jeweils in Klammern hinzugefügt werden: "Außen-  
ministerium, Bautenministerium, Finanzministerium, Familien-  
ministerium, Gesundheitsministerium, Handelsministerium, In-  
nenministerium, Justizministerium, Landwirtschaftsmini-  
sterium, Sozialministerium, Unterrichtsministerium, Verkehrs-  
ministerium, Verteidigungsministerium, Wissenschaftsministe-  
rium".

Es wird sicherlich niemand die Auffassung vertre-  
ten, daß die Würde der Funktion eine besonders lange Bezeich-  
nung verlange (vgl etwa die bombastischen Präambeln, die noch  
im vorigen Jahrhundert den Kaiserlichen Patenten vorange-  
stellt worden sind). Wenn dem so wäre, müßten sich der Bun-  
despräsident und der Bundeskanzler benachteiligt fühlen, weil  
ihr offizieller Titel nur fünf bzw vier Silben umfaßt.

Die Einführung offizieller Kurzbezeichnungen ist umso eher vertretbar, als ja in vielen Fällen die Funktionen des Ministeriums auch durch die umfangreichen Bezeichnungen keineswegs erschöpfend angegeben werden: So ist etwa der Bundesminister für Finanzen auch für das Vertragsversicherungs- und das Kreditwesen zuständig, der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie auch für das Energiewesen und den Fremdenverkehr, der Bundesminister für Unterricht und Kunst auch für den Sport, der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung auch für den Denkmalschutz.

Weiters sollten bei allen Bundesgesetzen im Text die Ausdrücke Minister und Ministerium statt Bundesminister und Bundesministerium verwendet werden; denn anders als in der Bundesrepublik Deutschland gibt es bei uns keine Landesministerien.

Ebenso würde es genügen, Bundesgesetze in ihrem Text als "Gesetze" zu bezeichnen: Niemand wird auf den Gedanken kommen, daß es sich um ein Landesgesetz, eine Gemeindeordnung oder Vereinsstatuten handeln könnte.

Diese Vereinfachungen würden dem Pkt 1 der Legistischen Richtlinien des Bundeskanzleramtes entsprechen, jedes überflüssige Wort zu vermeiden. Sie wären vor allem aber auch ein nicht unbeachtlicher Beitrag zur Verwaltungsreform, weil dadurch die Lesbarkeit von Gesetzestexten erleichtert und Druckkosten erspart würden. Damit würde den Erfordernissen der "Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit" auf einfache Weise entsprochen, drei Postulaten, die nur selten zugleich erfüllt werden können. Auch bliebe es Bürgern und Beamten erspart, sich an die komplizierten offiziellen Bezeichnungen zu gewöhnen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Kopie (25-fach)

an die Parlamentsdirektion

*Lehner*